IPG

KOMMENTAR 05.05.2014 | Thomas Piketty

Globale Ungleichheit

Weshalb wir eine globale Vermögenssteuer brauchen.

Die Verteilung von Einkommen und Wohlstand ist eine der kontroversesten Fragen der Gegenwart. Die Geschichte lehrt uns, dass wirkungsmächtige wirtschaftliche Kräfte in entgegengesetzte Richtungen drängen: hin zu mehr Gleichheit und fort davon. Die Frage, was sich durchsetzt, hängt von der Politik ab, für die wir uns entscheiden.

Das beste Beispiel dafür sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie wurden als Antithese zu den patrimonialen Gesellschaften des alten Europas gegründet.Der Historiker Alexis de Tocqueville betrachtete Amerika als einen Ort, an dem Landressourcen so unbegrenzt waren, dass sich jeder Mensch Eigentum leisten und so eine Demokratie aus gleichen Bürgern florieren konnte. Bis zum Ersten Weltkrieg war die Konzentration von Wohlstand in den Händen der Reichen in den Vereinigten Staaten weit weniger extrem ausgeprägt als in Europa. Dies jedoch wurde im 20. Jahrhundert ins Gegenteil verkehrt. Zwischen 1914 und 1945 verwischten Krieg, Inflation, Verstaatlichung und Besteuerung europäische Eigentumsungleichheit. Im Anschluss errichteten europäische Staaten Institutionen, die trotz all ihrer Fehler strukturell gleicher und inklusiver sind als die in den Vereinigten Staaten.

US-Experiment mit hohen Steuern

Ironischerweise waren viele dieser Institutionen von amerikanischen Vorbildern inspiriert. Von den 1930er bis in die frühen 1980er Jahre hielt Großbritannien eine ausbalancierte Einkommensverteilung aufrecht. Dies wurde durch eine sehr starke Besteuerung von Einkommen erreicht, die als unanständig hoch angesehen wurden.

Das US-Experiment mit hohen Steuern schädigte

Doch das Konzept einer konfiszierenden Einkommensteuer war tatsächlich eine

dabei keineswegs das Wachstum.

amerikanische Erfindung. Sie wurde in den Vereinigten Staaten in den Zwischenkriegsjahren entwickelt – in einer Zeit, als diese entschlossen waren, die entstellende Ungleichheit des klassengeteilten Europas zu vermeiden. Das US-Experiment mit hohen Steuern schädigte dabei keineswegs das Wachstum. Tatsächlich lag es in jener Zeit höher als das Wachstum, das wir seit den 1980er Jahren verzeichnen. Diese Idee verdient es, wiederbelebt zu werden – nicht zuletzt in dem Land, indem sie zuerst erdacht wurde.

Die Vereinigten Staaten waren auch das erste Land, das eine breit angelegte Schulausbildung für die Bevölkerungsmehrheit entwickelte und im frühen 19. Jahrhundert eine fast universelle Alphabetisierung erreichte – jedenfalls unter der männlichen Bevölkerung. Europa benötigte für diese Errungenschaft noch beinahe weitere 100 Jahre.

Doch auch hier gilt: Heute ist Europa inklusiver. Natürlich, viele der weltbesten Universitäten befinden sich in den Vereinigten Staaten. Doch Europa ist besser darin, solide rangmittlere Hochschulen zu unterhalten. Dem *Shanghai-Ranking* zufolge befinden sich derzeit 53 der 100 weltbesten Universitäten in den Vereinigten Staaten, 31 in Europa. Doch wenn die 500 weltbesten Universitäten in den Blick genommen werden, ist die Reihenfolge vertauscht: 202 in Europa gegen 150 in den Vereinigten Staaten.

Die Rhetorik passt nicht zu den Fakten

Die Verdienste nationaler Leistungsgesellschaften, egal ob in Frankreich, Amerika oder sonst wo, werden im nationalen Kontext immer wieder angepriesen. Doch die Rhetorik passt nur selten zu den Fakten. Oft dienen sie nur dazu, existierende Ungleichheiten zu legitimieren. Der Zugang zu US-Universitäten – einst das offenste Universitätssystem der Welt – ist heute hochgradig ungleich.

Die Errichtung eines universitären Bildungssystems, das Effizienz und Chancengleichheit wirklich vereint, ist eine Herausforderung, vor denen alle Länder heute stehen. Breit angelegte Bildung ist wichtig. Doch sie

garantiert noch keine faire Verteilung von Einkommen und Wohlstand. Die Einkommensungleichheit in den Vereinigten Staaten hat seit den 1980er Jahren scharf zugenommen. Und sie reflektiert zumeist die enormen Einkünfte der Personen an der Spitze. Weshalb? Haben sich die Fähigkeiten der Management-Kader tatsächlich weiter entwickelt als die aller anderen Personen? Sicher, in jeder großen Organisation ist es schwer, den Wert der einzelnen Mitarbeiter zu beziffern. Doch eine andere Hypothese wird durch Fakten viel besser untermauert: Zumeist haben die Top-Manager das Privileg, ihr Gehalt selbst zu bestimmen.

Selbst wenn die Einkommensungleichheit unter Kontrolle gebracht werden könnte, verweist die Geschichte auf eine andere unheilvolle Kraft, die ursprünglich geringe Wohlstandsungleichheit bis auf extreme Niveaus verstärkt. Dies geschieht, wenn den Kapitalbesitzern Einkünfte schneller zufließen, als die Wirtschaft wächst. Dann erhalten Kapitalisten einen immer höheren Anteil der Gewinne – zum Nachteil der Mittelschichten und der unteren Klassen.

So verschärfte sich die Ungleichheit im 19. Jahrhundert, weil Kapitaleinkünfte das Wirtschaftswachstum übertrafen. Diese Bedingungen könnten sich im 21. Jahrhundert wiederholen. Das Forbes Milliardärs-Ranking verweist darauf, dass die Gruppe der reichsten Personen von 1987 bis 2013 dreimal schneller gewachsen ist als die Weltwirtschaft.

Die ideale Lösung für dieses Problem wäre eine weltweite progressive Steuer auf individuelle Vermögenswerte. Diejenigen, die gerade erst anfangen, würden sie nicht bezahlen, während diejenigen mit Milliarden viel entrichten müssten. Das würde die Ungleichheit unter Kontrolle halten und zugleich den finanziellen Aufstieg Einzelner erleichtern. Zugleich würde die Dynamik des globalen Wohlstands einer öffentlichen Kontrolle ausgesetzt. Fehlende Finanztransparenz und verlässliche Wohlstandsstatistiken sind eine Hauptherausforderung für moderne Demokratien.

Eine weltweite Reichenssteuer erfordert internationale Kooperation. Dies ist schwierig aber machbar.

Natürlich existieren Alternativen. Auch China und Russland müssen sich mit wohlhabenden Oligarchen auseinandersetzen. Und sie tun dies mit ihren ganz eigenen Instrumenten: Kapitalkontrollen und Gefängniszellen, dessen nackte Wände auch die ambitioniertesten Oligarchen unter Kontrolle bringen. Staaten, jedoch, die Rechtstaatlichkeit und eine internationale Wirtschaftsordnung vorziehen, sollten lieber auf eine globale Reichenssteuer

setzen.

Inflation ist eine andere potenzielle Lösung. In der Vergangenheit hat sie dazu beigetragen, die Bürde der öffentlichen Verschuldung zu verringern. Doch vernichtet sie eben auch die Sparguthaben der weniger Wohlhabenden. Eine Steuer auf enorme Vermögen ist dem sicher vorzuziehen.

Eine weltweite Reichenssteuer erfordert internationale Kooperation. Dies ist schwierig aber machbar. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union zeichnen für ein Viertel der Weltproduktion verantwortlich. Wenn sie mit einer Stimme sprächen, wäre ein globales Register von Kapitalanlagen durchaus in Reichweite. Steueroasen, die eine Kooperation verweigern, könnten mit Sanktionen belegt werden.

Sollte dies nicht geschehen, dürften sich viele gegen die Globalisierung an sich wenden. Sollten diese eines Tages eine gemeinsame Stimme finden, würde sie sich der in Vergessenheit geratenen Mantras von Nationalismus und ökonomischer Isolation bedienen.

Dieser Text ist eine leicht gekürzte Version des Beitrags „Why A Global Wealth Tax Would Help Address Inequality", der in englischer Sprache im Social Europe Journal und in der Financial Times erschienen ist.



Thomas Piketty
Paris

Thomas Piketty ist Wirtschaftsprofessor an der *Paris School of Economics* und für seine Arbeit über Ungleichheit bekannt. Er baute die *World Top Incomes Database* auf und erzielte mit *Das Kapital im 21. Jahrhundert* einen Welterfolg. Nun ist ist sein Nachfolgewerk *Kapital und Ideologie* auf Deutsch erschienen.

9 LESERBRIEFE

Coqui schrieb am 06.05.2014

Theoretisch ist eine globale Vermögenssteuer denkbar. Praktisch ein angenehmer Grund für Verzögerung auf den St. Nimmerleinstag.
Wir wär's mit einer deutschen Erbschaftssteuer als ein Start?
Warum können wir nicht das "Betriebsproblem" dadurch lösen, dass Betriebe und Betriebsanteile mit dem Wert 0 vererbt werden, aber beim Verkauf des Anteils die Abgeltungssteuer beim Erben fällig wird - nicht beim Betrieb.

rehse schrieb am 06.05.2014

@ Coqui

ja, warum eigentlich nicht, zumal die besondere Bremspartei FDP gegenwärtig außen vor ist??? Ein sehr guter Vorschlag. Danke.

Michael von+Prollius schrieb am 06.05.2014

Warum wir keine weltweite Vermögenssteuer brauchen, das belegt der Text von Thomas Piketty – immerhin.
Unklar bleibt indes, warum ungleich verteiltes Vermögen ein Problem sein soll.
Unklar bleibt auch die Ursache für die festgestellte wachsende Wohlstandsungleichheit.
Vollkommen unklar bleibt der Begriff „inklusiv“, der vielleicht geeignet wäre die abgenutzte Parole „soziale Gerechtigkeit“ zu ersetzen.
Klar ist, wenn Gleichheit und gleicher Wohlstand das überragende Ziel sein soll, dann bietet die deutsche Geschichte einen anschaulichen Systemwettbewerb, der zeigt, wie mehr Gleichheit erreichbar ist.
Klar ist, dass das herrschende Geldsystem den Finanzsektor und die Mächtigen begünstigt, aber den normalen Bürger benachteiligt. Roland Baader nannte das treffenderweise „Geldsozialismus“.
Wen Inflation und einer Reichensteuer das Wort redet, unterstreicht lediglich, dass seine Rhetorik nicht zu den Fakten passt. Inflation wirkt wie eine Steuer. Inflation bedeutet Kaufkraftverlust und trifft gerade die normale Bevölkerung, während die Finanzinstitute und Schuldner profitieren. Deflation wäre im Sinne des Autors die richtige Strategie! Und eine Reichensteuer ist nicht mehr

als Populismus. Gerecht und vereinbar mit echter Marktwirtschaft ist nur eine Flat Tax. Gerecht, weil sie das fundamentale Prinzip erfüllt: gleiche Entlohnung für gleich Leistung. Marktwirtschaftskonform, weil sie keine lenkende Wirkung entfaltet. Neid ist kein guter Ratgeber – Vernunft und klares Denken kann es sein.

Koschier Ludwig schrieb am 31.07.2014

Ich stimme Thomas Piketty zu, da er eine Welt-Vermögensteuer vorschlägt. Da dies ein langfristiges Ziel ist bin ich für Deutschland und Europa für eine höhere Erbschaftssteuer (mit Ausnahme von Betrieben) und eine Vermögensteuer.
Mit freundlichen Grüßen
Ludwig Koschier 31. Juli 2014

Coqui schrieb am 31.07.2014

"Warum ungleiche Vermögensverteilung ein Problem ist?"
- Weil Vermögen Macht bedeutet und damit das Grundprinzip der Demokratie (one man, one vote) ausgehebelt wird.

- Weil früher - vordemokratisch - Kriege und Revolutionen und die Säkularisation das Korrektiv waren.
Wollen wir das heute noch als Korrektiv einer ständigen Akkumulation?

Michael von+Prollius schrieb am 31.07.2014

Ich empfehle jenseits all der Studien und grundsätzlichen Darlegungen, die zeigen, dass Vermögens- und Erbschaftssteuern kontraproduktiv sind, die Lektüre von Bertrand de Jouvenel: Die Ethik der Umverteilung, englische Erstauflage 1952, deutsche Neuauflage München 2012.

Mir ist zudem unklar, mit welchem Recht und auf welcher moralischen Grundlage - abgesehen von Neid - rechtmäßig verdienter Wohlstand den einen weggenommen und den anderen Menschen gegeben werden darf.

Coqui schrieb am 01.08.2014

Moralische Grundlage:

- Die Gemeinschaft hat Aufgaben, die finanziert werden müssen.
- Schon in der Bibel steht, dass dies nicht per Kopfprämie, sondern a) 1/10 des was jemand hat b) wer 5 Talente hat muss 10 zurückbringen
- warum sollte Arbeit mit bis zu 50% besteuert werden und Geerbtes mit 0%
- Steuern dienen dem Gemeinwohl und für soziale Ausgaben, nicht der "Umverteilung". Oder ist die Aufgabe der Grundversorgung aller Mitglieder nicht allen Kulturen gemeinsam?
usw.
Die Idee, dass es neben dem Einzelnen auch eine Gemeinschaft gibt ist nicht eine Erfindung der SPD sondern ermöglichte die Entwicklung der Menschheit.

Michael von+Prollius schrieb am 02.08.2014

Die angebotene Parole lautet hier also: das Recht des Einzelnen hat sich den Gesetzen des Kollektivs zu beugen. Statt jedem das Seine einmal mehr jedem das Gleiche. Die Lösung des Koordinationsproblems erfolgt durch Verteilung von Privilegien derjenigen, die politisch organisiert und vernetzt sind und Menschen in

unterschiedlichem Ausmaß diskriminieren.
Eine verbreitete, problematische Moral - viel Willkür, viele Gesetze, wenig Recht.

Heiri schrieb am 20.09.2014

Michael von+Prollius schrieb: "Mir ist zudem unklar, mit welchem Recht und auf welcher moralischen Grundlage - abgesehen von Neid - rechtmäßig verdienter Wohlstand den einen weggenommen und den anderen Menschen gegeben werden darf." - Hierzu zwei kleine Anmerkungen:
1. Immer dann, wenn die global existierende ungleiche Verteilung des Kapitals angesprochen wird, bringen jene, deren Vermögen dadurch in Frage gestellt werden könnte, sofort das Neid-Argument ins Spiel, als ob es ausser Neid keinen Grund gäbe, über eine gerechtere Verteilung der Güter zu diskutieren.
2. Darüber, was "rechtmäßig verdienter Wohlstand" ist, könnte man wohl endlos streiten. Dein einen ist jede Art von Kapitalsteigerung sakrosankt, andere könnten sich aus Gewissensgründen nicht vorstellen, Shareholder von z.B. Monsanto zu sein. Man kann die Frage stellen, ob es überhaupt rechtmäßig verdienten Superreichtum gibt.